

MEINUNGEN

Neue Koordinaten für Brüssel, Bern und Vaduz



Von Christian Frommelt*

«Lichtenstein distanziert sich von der Schweiz» titelte die NZZ kürzlich. Die Meldung bezog sich nicht auf die politischen Beziehungen der beiden Nachbarstaaten, sondern auf GPS-Vermessungsdaten. Während Lichtenstein lediglich seine geografischen Grenzen neu vermisst, ist die Schweiz nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gezwungen, ihre Koordinaten in Europa neu zu bestimmen.

Sechs Wochen nach dem wohl wichtigsten Entscheid des Schweizer Stimmvolks der vergangenen Jahre ist weiterhin unklar, wie die Schweiz die Initiative umsetzt, beziehungsweise ob diese überhaupt umgesetzt wird. Bei der Suche nach Umsetzungsmöglichkeiten hat die Schweiz auch die liechtensteinische Sonderlösung im Blick. Diese ermöglicht es trotz des im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geltenden freien Personenverkehrs, die Zuwanderung zu kontingentieren.

Bei allem Stolz auf das gut funktionierende Bewilligungsregime will in Lichtenstein dennoch keine Freude über das plötzliche Interesse aufkommen. Zu gross sind die Sorgen über die Auswirkungen, welche eine konsequente Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative für Lichtenstein haben könnte. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit es EWR-Staatsange-

hörigen weiterhin möglich sein wird, in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen und in Lichtenstein zu arbeiten. Durch das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU wurde diese Form der Rekrutierung von Arbeitskräften stark erleichtert. Genau dieses Abkommen soll nun neu verhandelt werden, wobei die Schweiz kaum an die Bedürfnisse der liechtensteinischen Wirtschaft denken wird.

Die Sistierung der Abkommen über die Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen Erasmus+ und Horizon 2020 verdeutlicht zudem, dass sich die Auswirkungen des Schweizer Volksentscheids nicht auf das Freizügigkeitsabkommen beschränken. Entsprechend reichen die Szenarien über die Konsequenzen der Masseneinwanderungsinitiative für Lichtenstein weit über die beschriebenen Rekrutierungsprobleme des Arbeitsmarkts hinaus.

«Keine Freude über das Interesse»

Lichtenstein ist in verschiedene Abkommen zwischen der Schweiz und der EU eingebunden, welche wiederum an das Freizügigkeitsabkommen gekoppelt sind. Ein Beispiel ist das Zusatzabkommen zum Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Würde das Freizügigkeitsabkommen tatsächlich gekündigt, könnte dies somit auch Auswirkungen auf das Lebensmittelrecht oder das Veterinärwesen in Lichtenstein haben. Aufgrund der EWR-Mitgliedschaft würde ein solcher Bruch in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zwar nicht unmittelbar zu Einschränkungen des Marktzugangs führen, die betroffenen Stellen der liechtensteinischen Landesverwaltung wären aber mit einem beträchtlichen Mehraufwand konfrontiert.

Die Masseneinwanderungsinitiative könnte schliesslich dazu führen, dass die EU verstärkt Druck auf die liechtensteinische Zuwanderungspolitik ausübt. Lichtenstein ist gegenwärtig der einzige EWR-Staat, der über eine so weitreichende Einschränkung des freien Personenverkehrs verfügt. Trotz einer schrittweisen Konsolidierung ist die liechtensteinische Sonderlösung noch immer ein Übergangsregime, dessen Erhalt sich aus europapolitischer Sicht auch vor dem Hintergrund des kleinen Siedlungsraums und hohen Ausländeranteils Liechtensteins wohl nicht dauerhaft rechtfertigen lässt.

Das Beispiel Lichtenstein zeigt, dass die EU durchaus Hand zu flexiblen Integrationslösungen bietet. Diese Flexibilität ist allerdings stets an gewisse Bedingungen geknüpft und würde im Falle der Schweiz auch ein Zeichen der Integrationsbereitschaft voraussetzen. Somit dominiert derzeit bei allen involvierten Akteuren die Ungewissheit. Mit Blick auf Lichtenstein lassen sich aber Rückschlüsse ziehen: Die Doppelmitgliedschaft im EWR und in der Zollunion mit der Schweiz droht zunehmend, ungemütlich zu werden. Neben die Auseinandersetzung über konkrete Sachfragen wie die des Zahlungsverkehrs ist seit dem 9. Februar auch eine strategische Unsicherheit getreten. Ferner zeigt das Abstimmungsergebnis, wie stark der Populismus die europapolitische Debatte dominiert. Umso mehr ist die Politik gefordert, einen sachlichen Diskurs über die Vor- und Nachteile des Integrationsprozesses und insbesondere des freien Personenverkehrs zu führen.

Die Distanz zwischen Vaduz und Bern hat sich diese Woche offiziell um einen halben Meter vergrössert. Sorgen machen muss sich Lichtenstein aber vor allem um die wachsende Distanz zwischen Bern und Brüssel.

*Christian Frommelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein-Institut.